

Pulsnitzer Wochenblatt

Fernsprecher Nr. 18

Bezirks-Anzeiger

und Zeitung

Telegr.-Adr.: Wochenblatt Pulsnitz

Er erscheint Montag, Mittwoch, Freitag
und Sonnabend.

Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger
irgend welcher Störung des Betriebes der
Zeitung oder der Beförderungsanstalten hat der
Besitzer keinen Anspruch auf Lieferung
oder Nachlieferung der Zeitung oder
— auf Rückzahlung des Bezugspreises. —
 Vierteljährlich M 6. — bei freier Zustellung;
 bei Abholung vierteljährlich M 5. — monatlich
 M 2. —, durch die Post abgeholt M 6. —.

Amts-Blatt

des Amtsgerichts, des Stadtrates zu Pulsnitz und
der Gemeindeämter des Bezirks.
Postfach - Konto Leipzig 24 127. - Gemeinde - Giro - Konto 146.

Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben.
Die jedesmal gesparte Zeile (Masse's
Zeilenmaß 14) 70 Pf., im Bezirke der
Amtshauptm. 60 Pf., im Amtsgerichts-
bezirke 50 Pf., Amts. Zeile M 2.10, 1.80 und
1.50. Rekl. M 1.50 Bei Wiederhlg. Rabatt.
Zeitrauben und tabellarischer Satz mit 25 %
Aufschlag. Bei zwanagsweiser Einziehung der
Anzeigegebühren durch Klage oder in Kon-
kursfällen gelangt der volle Rechnungsbetrag
unter Wegfall v. Preisnachl. in Anrechnung.

Amtsblatt für den Amtsgerichtsbezirk Pulsnitz

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bismarckplatz Nr. 265.

umfassend die Ortsgemeinden: Pulsnitz, Pulsnitz N. E., Bollung, Großröhrsberg, Bretnig, Hauswalde, Ohorn, Obersteina, Niedersteina,
Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Großnaundorf, Lichtenberg, Klein-Dittmannsdorf
Druck und Verlag von E. C. Försters Erben (Inh. F. W. Mohr). Schriftleiter: F. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 62.

Sonnabend, den 24. April 1920.

72. Jahrgang

Ämtlicher Teil.

Nachstehende Bekanntmachung des Reichsministers für Wiederaufbau vom
14. April 1920 wird hiermit zur allgemeinen Kenntnis gebracht.
Dresden, den 20. April 1920.

Wirtschaftsministerium.

Bekanntmachung

über die Anmeldung von Rechten oder Beteiligungen an öffent-
lichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen deut-
schen Schutzbereichen in Afrika und der Südsee aus Anlaß der Durch-
führung der Bestimmungen der Artikel 123 und 260 des Friedens-
vertrages.

Auf Grund der §§ 1 und 4 des Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen
aus Anlaß des Friedensvertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten
Mächten vom 21. August 1919 (Reichsgesetzbl. S. 1527) wird folgendes bestimmt:

1. Alle Rechte oder Beteiligungen deutscher Reichsangehöriger sowie An-
wartschaften deutscher Reichsangehöriger auf Rechte oder Beteiligungen an
öffentlichen Unternehmungen oder Konzessionen in den ehemaligen deutschen
Schutzbereichen in Afrika und der Südsee sind bis zum 15. Mai 1920 an-
zumelden. Diese Bestimmung findet auch auf die Uebereinkommen Anwen-
dung, die mit deutschen Reichsangehörigen wegen Ausführung oder Betrieb
der öffentlichen Arbeiten in den früheren deutschen Schutzbereichen in Afrika
und der Südsee abgeschlossen worden sind, sowie auf Unterkonzessionen
oder Abschlüsse, die mit deutschen Reichsangehörigen im Verfolg dieser
Uebereinkommen getätigt worden sind.

Die Rechte und Beteiligungen sind auch dann anzumelden, wenn sie
noch nicht ausgebüßt worden sind.

2. Anmeldepflichtig sind die Inhaber der Rechte, Beteiligungen oder An-
wartschaften.

Die Anmeldung hat bei dem Reichsministerium für Wiederaufbau
in Berlin W, Wilhelmstraße 62, zu erfolgen.

3. Zuwiderhandlungen werden gemäß § 10 Nr. 2 und 3 und § 11 Nr. 2 des
Gesetzes über Enteignungen und Entschädigungen aus Anlaß des Friedens-
vertrages zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten
vom 21. August 1919 (R. G. Bl. S. 1527) bei Vorsätzlichkeit, sofern nicht
nach allgemeinen Strafgesetzen eine höhere Strafe verwirkt ist, mit Gefäng-
nis bis zu einem Jahr und mit Geldstrafe bis zu einhunderttausend Mark
oder mit einer dieser Strafen, bei Fahrlässigkeit mit Geldstrafe bis zu zehn-
tausend Mark bestraft.

Es wird darauf hingewiesen, daß Deutschland nach Artikel 260 Abs. 2
Satz 2 des Friedensvertrages genötigt ist, zugunsten der alliierten und asso-
ziierten Mächte sowohl in seinem eigenen Namen wie in dem seiner Ange-

hörigen auf alle in Nr. 1 dieser Bekanntmachung bezeichneten Rechte, Be-
teiligungen und Anwartschaften, die in der dem Wiedergutmachungsausschuß
auf Grund der genannten Bestimmung des Friedensvertrages zu überge-
benden Liste etwa nicht verzeichnet sind, zu verzichten.

Berlin, 14. April 1920.

Der Reichsminister für Wiederaufbau.

J. B. Müller.

Nährmittelabgabe.

Vom Mittwoch, den 23 April cr., kommen durch die Kleinhändler des Bezirkes
auf die Abschnitte 47 der Allgemeinen Nährmittelkarte und der Kindernährmittelkarte
einhalbes Pfund Haferflocken

zum Preise von 2.25 M zur Ausgabe.

Ramenz, am 23 April 1920.

Die Amtshauptmannschaft für den Kommunalverband.

Dem Stadtrat sind

ein kleiner Posten Drellhosen, Drelljachen und Khakianzüge

zugewiesen worden, die an die mittelbemittelte Bevölkerung zur Verteilung gelangen sollen.

Dieserigen Personen, die einen der obengenannten Gegenstände zugewieft erhalten
wollen, werden veranlagt, sich am Montag, den 26. April 1920, vormittags von 10 bis
1/2 1 Uhr in der hiesigen Polizeikanzlei unter Vorlegung des Steuerzettels zu melden.

Spätere Anmeldungen können der geringen Zuteilung wegen nicht berücksichtigt
werden.

Pulsnitz, am 24. April 1920.

Der Stadtrat.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß der
Korbmachermeister Bruno Richter, wohnhaft hier, **Schloßstraße Nr. 107 B**
als **stellvertretender Auktionator der Stadt Pulsnitz**
in Pflicht genommen worden ist.

Pulsnitz, am 23. April 1920.

Der Rat der Stadt.

Das Wichtigste.

Die Wahlen zum Reichstag werden, wie nunmehr endgültig fest-
steht, am Sonntag, 8 Juni, stattfinden. Die Nachrichten, die
von einer neuen Verschiebung sprechen, entsprechen nicht den
Tatsachen.

In der Nationalversammlung wurde gestern der Antrag Bartschat
gegen die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Kranken-
versicherung angenommen.

Der Landesparteitag der U. S. P. fand gestern in Leipzig statt.
Sipinsky führte den Vorschlag.

Die politischen Parteien des Rheinlandes haben in einer gemein-
samen Erklärung, von der sich nur die U. S. P. ausschloß,
gegen die belgische Gewaltpolitik in Eupen protestiert.

Wie das „Berliner Tageblatt“ hört, wird die Deutschnationale
Volkspartei Dr. Helfferich in Hannover als Reichstagskandidaten
aufstellen.

In Kiel wurden zwei Herren und eine Dame aus Berlin verhaftet,
die Gold- und Silberwaren im Werte von 3 Mill. Mark in einem
Motorboot nach Dänemark schaffen wollten.

In Kiel wurden zwei Herren und eine Dame aus Berlin verhaftet,
die Gold- und Silberwaren im Werte von 3 Millionen Mark
in einem Motorboot nach Dänemark schaffen wollten.

Cailaag wurde mit 150 gegen 91 Stimmen des Eingekändnisses
mit dem Feinde für schuldig erklärt.

Aus London wird gemeldet, daß der erste Lord der Admiralsität
im Unterhause sagte, die Regierung ziehe den Verkauf einiger
neuer Kriegsschiffe an fremde Länder in Erwägung.

Gegenüber deutschen Pressenachrichten über angebliche Befangen-
lager in Indochina hat die französische Regierung nunmehr ver-
sichert, daß dort niemals Kriegsgefangenenlager bestanden haben.

Das „Allg. Handelsbl.“ meldet aus Neu-York, daß die mexikanische
Revolution sich ständig ausbreite. Carranza sei in der Stadt
Merito von drei Seiten eingeschlossen.

In Oberitalien hat sich die Streiklage wieder verschärft. Man mel-
det tiefbedauerliche Vorfälle in Turin, wo es zu blutigen Zu-
sammenstößen gekommen ist.

Nach Blättermeldungen soll sich der deutsche Geschäftsträger in
London nach San Remo begeben haben.

„Daily Herald“ meldet, Japan habe Sowjet-Rußland den Krieg
erklärt und Amerika habe Japan in Sibirien freie Hand gelassen.

Amerikas Rückzug von der Entente.

Von unserem Berliner Vertreter.

Die amerikanische Senatskommission für auswärtige An-
gelegenheiten beabsichtigt eine Entschlebung einzubringen, durch
die Amerika sich vom Versailler Vertrag und von den europäischen
Angelegenheiten losgibt. Wenn mit dieser Resolution endgültig
eine scharfe Trennung zwischen der europäischen und amerika-
nischen Politik gezogen wird, so ist das an sich nichts neues,
denn Amerika hat sich schon seit nahezu einem halben Jahr
kaum noch aktiv an der Lösung der europäischen Frage beteiligt.
Wilson's Versuch, in der türkischen Frage zu intervenieren, ist
gescheitert, da die Alliierten in San Remo eine Entschlebung
über die Zukunft der Türkei getroffen haben, die den Wünschen
Amerikas vollständig ins Gesicht schlägt. Wenn man also ge-
laubt hat, daß durch Amerikas Eintritt in den Krieg die Wil-
son'sche Politik ganz Europa beherrschen werde, so ist das eine
gänzlich falsche Annahme gewesen, weil Wilson in der Durch-
führung seiner berühmten 14 Punkte weder bei den europäischen
Alliierten Anklang fand, noch von den amerikanischen Parla-
menten unterstützt wurde. Amerika scheint in Zukunft in der
Weltpolitik eine Stellung einnehmen zu wollen, die etwa der-
jenigen Englands während der letzten Jahrhunderte entspricht
und in dem schönen Namen „splendid isolation“ für die ganze
Welt von ungeheurem Einfluß war. Wenn man berücksichtigt,
daß die europäische Koalition der Alliierten ständig die Not-
wendigkeit gemeinsamer Kompromisse ergab und somit die Ent-
schlebung der einzelnen Alliierten ungeheuer befürchtete, kann
man verstehen, daß Amerika nicht seine ganzen weltpolitischen
Interessen durch ein Abhängigkeitsverhältnis von den euro-
päischen Staaten beschneiden lassen will. Der Zusammenschluß
der Weltmächte in Europa ist schließlich auch nur dem unge-
heuren Druck der Notwendigkeit entsprungen und darf keines-
falls als ein dauernder Zustand gelten, zumal sich jetzt schon
sehr scharfe Gegensätze zwischen Frankreich und England heraus-
gebildet haben. Schon während des ganzen Krieges mußte
man den Eindruck haben, daß das schwer leidende Frankreich
immer mehr in die Arme seines englischen Verbündeten getrieben
wurde, der infolge seiner wirtschaftlichen Stärke schließlich einen
so ungeheuren Einfluß auf die französische Politik ausübte, der
Frankreichs Unabhängigkeit immer mehr untergrub.

Amerika hat durch den Krieg ungeheuer an weltpolitischem
Einfluß gewonnen. Seine Rolle als Geldgeber hat die euro-
päischen Alliierten in einem sehr hohen Maße den amerikanischen
Interessen unterworfen. Auf der einen Seite würden wahr-
scheinlich England und Frankreich im Jahre 1917 dazu gezwun-

gen gewesen sein, mit Deutschland einen Frieden abzuschließen,
was aber nicht mehr notwendig wurde, als Amerika in den
Krieg eintrat und damit den Ausschlag für die Fortsetzung des
Krieges gab. Auf diese Art verhinderte Amerika, daß Deutsch-
land seinen Gegnern einen Frieden diktierte, der der deutschen
Wirtschaft unter Umständen die erste Weltstellung hätte ver-
schaffen können. Das wollte Amerika unter allen Umständen
verhindern, aber es kam ihm schließlich auch darauf an, daß
die europäischen Mächte sich durch die Fortsetzung des Krieges
noch weiterhin ungeheuer schwächten. Schließlich hat noch Wil-
son durch seinen Einfluß auf die Friedensverhandlungen in
Versailles eine ungeheure Verwirrung in die europäische Politik
hinein gebracht, indem er von vornherein bestrebt war, einen
Zustand zu schaffen, der genügend Gegenläufe unter den einzelnen
europäischen Mächten aufwarf und so lange Jahre hinaus eine
Konfolidierung der europäischen Verhältnisse unmöglich macht.
Die Schaffung Polens ist für Europa etwa so aufzufassen, daß
Wilson den Osten vom Westen durch einen Stein trennen
wollte, der ständig hemmend den freien Zugang nach Rußland
versperrt. Außerdem ist die polnische Frage für Europa ein
Zankapfel, der umso unangenehmer und häßlicher seine Wir-
kung ausüben wird, als Polen eine Machtsstellung erhalten hat,
die nicht so einfach gebrochen werden kann. Wenn es Polen
einfallen wird, durch Annexionspolitik und durch Raubzüge die
östlichen Gegenden andauernd zu beunruhigen, so wird es immer
mehr die Rolle des osteuropäischen Balkans spielen, der ständig
die Großmächte, deren Interessen sich ohne weiteres auf Polen
konzentrieren müssen, in Streitigkeiten miteinander verwickeln.

England und Frankreich mögen vielleicht schon längst
eingesehen haben, was ihnen der amerikanische Bundesgenosse
eingebracht hat. Mit wachsendem Mißbehagen müssen sie fest-
stellen, wie ungeheuer verwickelt die europäische Lage ist und
daß es ihnen immer schwerer wird, zu einem geordneten Zustand
zu gelangen. England besonders sieht seine ganze Weltpolitik
durch den Versailler Friedensvertrag gescheitert. Besonders un-
angenehm ist es ihnen, daß ihm der europäische Osten durch
Polen versperrt wird und daß anstelle einer Lösung der Bal-
kanprobleme und vor allen Dingen des türkischen Problems
eine heillose Verwirrung angerichtet worden ist, indem die klei-
nen Balkanstaaten durch den Friedensvertrag eine Stärkung
erhalten haben, die sie auch für die spätere Zukunft dazu er-
mächtigen, ihre Desperato-Politik fortzusetzen. Es war geradezu
ein Verzweiflungsschritt für England, die türkische Frage ge-
waltsam zu lösen, ohne sich erst mit Wilson darüber auseinan-
derzusetzen. Das hat auch infolgedessen eine Klärung geschaffen, als
Amerika sich jetzt damit abfinden wird, seine Hände von den